

Sprecher:

Dr. Dr. Bruno W. Knopp

Hortensienstr. 6

85 Nürnberg

19.12.1977.

An das
Auswärtige Amt
z.H. Dr. Finke-Osiander
Bundesinnenministerium
z.H. von H. Andreas v. Schöller
u. v. Wietersheim,
53 Bonn

Betrifft: Rumäniendeutschtum. Reise des Bundeskanzlers nach Bukarest.

Ich distanziere mich in einer Fühlungnahme mit dem "Zentralverband der Mittel- und Ostdeutschen e.V." "Zusammenarbeit mit Osteuropa" 8044 Lohhof bei München, Pappelgasse 14, sowie dem "Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben", Ansbach, Jüdstr. 12, auf das entschiedenste gegen die Ausführungen der "Frankfurter Allgemeinen Zg", die es unter der Überschrift "Die Rumäniendeutschen wollen weg", ~~Wirtschaft~~ in der Ausgabe vom 19. Dez. 1977 unter der Gegenzeichnung von Viktor Meier, dem Südostkorr. des Blattes bringt. Die Ausführungen, die Meier unter dem Datum "Bukarest im Dezember" bringt sollen den Anschein erwecken, als ob es sich um die Stimmung der Deutschen in Rumänien handle (Irreführung des Lesers). Tatsächlich sind die Ausführungen Herrn Meier von der Landsmannschaftsführung der Sieb. Sachsen i. D. mit dem Sitz in München, und zwar von den bekannten Hitler-Faschisten Dr. Wilhelm Bruckner u. H. Bergel ins Haus geliefert worden. Der weitaus grösste Teil der in Dsch. lebenden Sieb. Sachsen sind gar nicht in dieser Landsmannschaft, wo die "Wahlen" auch heute noch nach Hitler-Methoden erfolgen.

Ich bitte dem Herrn Kanzler dringend abzuraten irgendwelche Vereinbarungen mit der rumänischen Regierung hinsichtlich der Aussiedlung der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben bei seinem bevorstehenden Besuch in Bukarest zu treffen. Ein eingehender Bericht ist inzwischen auch an den Landtagsabgeordneten Bayern Dr. Sieghard Rost abgegangen.

Ich weise auf die Resolution des Zentralverbandes der Mittel- und Ostdeutschen e.V. vom 17.12.1977 hin, welche den Parteileitungen der Koalition mitgeteilt werden wird - und von der Presse unter obenangeführter Anschrift angefordert werden kann. Sie allein entspricht den Tatsachen. Eine Beschlussfassung (Vereinbarung) z. Aussied. würde zu einem europäischen Skandal ausarten, würde als autoritärer ungültiger Akt einer in nationalen Denkklišees handelnden Regierung angesehen werden, welche die Autonomie und Eigenständigkeit einer eigenständigen Volksgruppe missachtet. Sollte die Auswanderung Wirklichkeit werden, würden die Sachsen anstreben sich in D. als eigenständige Volksgruppe unter internationalem Schutz zu konstituieren - die zum gegebenen Zeitpunkt zum grossen Teil wieder in ihre Heimat zurückwandern wird unter Beanspruchung entsprechender Schadenersatzes, der ihnen aus der unrechtmässigen Einmischung entstand. Hätten sich die Reichsdeutschen unter Hitler (auf Anraten der von Hitler eingesetzten "Volksgruppenführung", die heute unter grösster Identität der Personen als selbstgewählte "Landsmannschaftsführung" in München im Amte ist) und die Westdeutschen seit Adenauer sich nicht ständig und unrechtmässig in die Angel der Sieb. Sachs. gemischt - hätten sich diese schon seit lange wieder konsolidiert.

Es dürfte wohl bekannt sein, daß die Einmischung der Bundesdeutschen Regierung nicht nur von einem grossen Teil der in Rumänien lebenden Deutschen, Ungarn, Rumänen als "Genocid" bezeichnet wird, sondern auch von den in der BRD und in Österreich lebenden Rumäniendeutschen - ja selbst einem grossen Teil der Mitglieder der Landsmannschaften der Sieb. Sachs. Es wurde schon wiederholt in den von mir besuchten u. bekannten Verbänden der Antrag gestellt, die Feststellung der Gefahr des Genocids gerichtlich vor deutschen bzw. internationalen Gerichten zu beantragen.

Hochachtungsvoll:

B. Knopp